

Herrn Alfred Norkowsky Vorsitzender des  
Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

**Antrag**

Es informiert Sie UrsulaAlbel

Anschrift Rathaus Barmen  
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563 6677

Fax (0202)

E-Mail ratsfraktion@pds-wuppertal.de

Datum 23.11.2006

**Drucks. Nr. VO/1178/06**  
öffentlich

---

Zur Sitzung am

**07.12.2006**

**13.12.2006**

**18.12.2006**

Gremium

**Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie**

**Hauptausschuss**

**Rat der Stadt Wuppertal**

---

**Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante verbessern und vermehrt einrichten**  
**Antrag der Ratsfraktion der LINKSPARTEI.PDS vom 23. November 2006**

Sehr geehrter Herr Norkowsky,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jung,

die Stadt Wuppertal ist in der Trägerversammlung der ARGE paritätisch vertreten und kann dadurch Einfluss nehmen auf die Leitlinien der ARGE und die Ausgestaltung ihrer Maßnahmen.

Daher mögen der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie sowie der Rat der Stadt beschließen:

Die Vertreter der Stadt in der Trägerversammlung der ARGE werden aufgefordert, sich für folgende Beschlüsse der Trägerversammlung einzusetzen:

1. Die Regellaufzeit von Eingliederungsmaßnahmen in Form der „Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante (AGHE)“ wird grundsätzlich auf 18 Monate ausgeweitet. Während dieser Zeit zahlt die ARGE Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.
2. Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante werden anstelle so genannter Ein-Euro-Jobs vermehrt eingerichtet.

**Begründung:**

Derzeit werden AGHE lediglich mit einer Laufzeit von maximal 11 Monaten vergeben. Für die Personen der Zielgruppe ist es ausgesprochen schwierig, sich in dieser kurzen Zeit persönlich und beruflich zu stabilisieren. Personen die sich im SGB II – Bezug befinden sind in der Regel schon längere Zeit erwerbslos. Insbesondere für diesen Personenkreis ist eine längere psychosoziale Stabilisierung unabdingbar. Eine Beschäftigungsdauer von 1 ½ Jahren ist nötig und sinnvoll, damit die betreffenden Personen eine berufliche und psychosoziale Stabilisierung erreichen sowie eine berufliche Perspektive für den 1. Arbeitsmarkt entwickeln können.

Ebenso bedeuten solche Arbeitsverhältnisse eine größere Anerkennung und stärken das Selbstwertgefühl der so Beschäftigten weit besser als Ein-Euro-Jobs. Durch die Einsparung von Unterkunftskosten ist die vermehrte Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante annähernd kostenneutral.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ulrich Spieß  
Ausschussmitglied

Elisabeth August  
Stadtverordnete

Elke von der Beeck  
Stadtverordnete

Gerd-Peter Zielesinski  
Fraktionsvorsitzender